

Antwort auf eine Frage

Die Auswirkungen von Trumps Besuch in Saudi-Arabien und im besetzten Palästina

Frage:

Der US-Senat will über eine Ablehnung des 460-Milliarden-Dollar-Deals abstimmen, den Trump mit Saudi-Arabien abgeschlossen hat. Das berichtete Russia Today am 26.05.2017 auf ihrer Webseite unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Reuters. Demnach hätten Mitglieder des US-Senats eine Resolution zur Ablehnung des zwischen US-Präsident Trump und Saudi-Arabien vereinbarten Waffendeals eingebracht. Der Senat solle dazu gezwungen werden, eine Abstimmung darüber durchzuführen. Wie kann es dazu kommen, obwohl, wie man weiß, die USA von einem solchen Deal nicht einmal zu träumen wagten? Schließlich stecken die USA mitten in einer Wirtschaftskrise. Weshalb sollte der Kongress den Deal ablehnen? Der Saudi-Arabien-Besuch Trumps hatte im Übrigen hohe Wellen geschlagen. Dieser traf mit einer großen Schar von Repräsentanten und zahlreichen Staatschefs der Golfregion zusammen, bevor er anschließend weiter in das besetzte Palästina reiste. Heißt das, dass er hinsichtlich der Palästinafrage ein politisches Projekt in der Tasche hat? Möge Allah dir Seinen Segen schenken.

Antwort:

Der im Kongress eingebrachte Vorschlag stellt lediglich ein politisches Scharmützel dar. Auf den Deal wird er aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Einfluss haben, sondern vielmehr ihn in einem positiveren Licht erscheinen lassen. Dieser Deal wird der amerikanischen Wirtschaft zu neuem Aufschwung verhelfen. Er wird die US-Industrie beleben und neue Arbeitsplätze schaffen, was ein sehnlicher Wunsch der USA mit all ihren Parteien ist. Um das Bild hinsichtlich einer Ablehnung bzw. eines Ablehnungsversuchs seitens des Kongresses zu verdeutlichen, wollen wir Folgendes darlegen:

1. Mit viel PR und unter großem Rummel, der sowohl von amerikanischen Medien als auch in arabischsprachigen Fernsehkanälen betrieben wurde, traf US-Präsident Trump am 20.05.2017 in Riad, der Hauptstadt des Saud-Regimes,

ein. Diese Visite wurde zu einem Versöhnungsakt mit der islamischen Welt stilisiert. Die Treffen Trumps mit den Saudis seien von tiefer Warmherzigkeit geprägt gewesen, was sein Amtsvorgänger Barack Obama offenbar vermissen ließ. Trump würdigte Saudi-Arabien, den Monarchen und die saudische Führungsrige mit überschwänglichen Worten der Bewunderung und Lobpreisung, die sie von keinem Präsidenten zuvor zu hören bekamen.

Der Besuch wurde von einem bilateralen Gipfel zwischen Trump und dem saudischen König Salman eingeläutet. Dem folgte am 21.05.2017 ein weiterer Gipfel mit den Königen und Emiren der sechs Zwergstaaten am Golf. Ebenfalls am selben Tag fand ein Gipfeltreffen mit den Staatsoberhäuptern von 55 islamischen Ländern statt, das eher einem Lehrvortrag glich, den Trump vor ihnen hielt. Abseits davon kam es zu Vieraugengesprächen zwischen Trump und einigen der anwesenden Staatsoberhäuptern. Man einigte sich darauf, ein globales Deradikalisierungszentrum („Global Center for Combating Extremist Ideology“) mit Riad als Hauptsitz zu errichten. Dies ist in einem Artikel der sogenannten „Deklaration von Riad“, dem Abschlusskommuniqué des Gipfeltreffens, festgehalten, der eine enge Partnerschaft zwischen den anwesenden Staaten und den USA zur Bekämpfung des „Extremismus und Terrorismus“ vorsieht. Demzufolge wird Saudi-Arabien den Kampf gegen den „Terrorismus“, wie der Westen es formuliert und den Trump „radikal-islamischen Terrorismus“ nennt, finanzieren. Die „Deklaration von Riad“ umfasst ebenfalls eine Absichtserklärung zur Gründung eines „strategischen Bündnisses in der Stadt Riad“. Laut der Erklärung werde sich „eine Anzahl von Staaten an der Verwirklichung von Frieden und Sicherheit in der Welt beteiligen“. Die Gründung und Teilnahme werde im Jahr 2018 vollendet sein, heißt es dort ebenfalls.

2. Trotz dieser Treffen und trotz der Bedeutung eines solchen Zentrums und des Bündnisses stellt der Wirtschaftsdeal mit Saudi-Arabien aus Trumps Sicht die mit Abstand größte Errungenschaft dar. Denn die amerikanische Wirtschaft steht nach einer Folge aus Krisen und Erschütterungen ungeachtet der Tatsache, dass die USA weiterhin die führende Wirtschaftsmacht der Welt sind, auf dem entscheidenden Prüfstand. Die Suche nach einer Lösung für das gigantische Schuldenproblem und der Drang nach Wirtschaftswachstum sind für Amerika besonders im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas zu einer Angelegenheit von höchster Dringlichkeit geworden. Belange, die mit der

Wirtschaft zu tun haben, stehen daher weit oben auf der Prioritätenliste amerikanischer Präsidenten. Sie bilden ein Motiv, das - insbesondere in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik - schneller als je zuvor an Bedeutung gewinnt.

Schließlich hat Trump Ende 2016 durch Parolen, die im Wesentlichen die Wirtschaft betrafen, die Wahlen gewonnen. Dabei ging es darum, Jobs für US-Amerikaner zu schaffen und für wirtschaftliches Wachstum zu sorgen, indem US-Unternehmen an der Abwanderung ins Ausland gehindert werden. Darüber hinaus ging es darum, von den Staaten dieser Welt „Schutzgelder“ dafür zu verlangen, dass Amerika ihnen diesen Schutz zur Verfügung stellt. Und überhaupt: Was die Republikaner dazu bewogen hat, Donald Trump als Präsidentschaftskandidaten zu akzeptieren, war die Tatsache, mit Trump eine kapitalistische Koryphäe in Sachen gewinnträchtiger Geschäfte zu haben. Denn er ist der Mann für wirtschaftliche Deals. Als er damit begann, diese Politik in die Tat umzusetzen, stellte er während des Besuchs Merkels in Washington am 28.03.2017 an Deutschland sogar rückwirkende Forderungen in Milliardenhöhe für den Schutz, den die USA der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg geboten hätten. Er forderte auch Südkorea dazu auf, die Summe von einer Milliarde Dollar für das auf südkoreanischem Boden installierte Raketenabwehrsystem „THAAD“ zu entrichten, jene Abwehrraketen, die die US-Armee nach den Raketentests Nordkoreas und der anschließenden Krise errichten ließ. Deutschland lehnte es kategorisch ab, sich in Amerikas finanzielle Schuld für die militärische US-Präsenz in Deutschland stellen zu lassen. Ebenso wies Südkorea die Forderung zurück, die Kosten für die Installation amerikanischer THAAD-Raketen zu übernehmen. Die USA scheiterten vielfach mit ihrer Vorstellung, Anspruch auf staatliche Schutzgelder zu haben. Höchsterfolgreich war Trump hingegen in Saudi-Arabien, dem die weitere Kleinstaaten am Golf folgten. Sichtbar wurde dies an den Mega-Deals, die Trump mit Saudi-Arabien unterzeichnete.

Das heißt, der Schwenk der USA hin zu einer Politik der „Schutzgeldforderung“ begann in Saudi-Arabien Früchte zu tragen. Die Rüstungsgeschäfte, die die USA dort abgeschlossen haben, gelten als die größten in der Geschichte überhaupt. Aljazeera.net berichtete am 20.05.2017: „Saudi-Arabiens König Salman bin Abdulaziz und US-Präsident Donald Trump haben am Samstag in der saudischen Hauptstadt Riad eine Reihe von Kooperationsabkommen

unterzeichnet. Das Weiße Haus kündigte die Unterzeichnung von militärischen Kooperationsverträgen über einen Betrag von 460 Milliarden Dollar an. Saudi-Arabiens Handelsminister Majed al-Qasbi erklärte, dass sein Land an 23 der größten US-Unternehmen Konzessionen zur Investition in Saudi-Arabien vergeben habe. Die Riad-Korrespondentin des Senders Aljazeera berichtete davon, dass Saudi-Arabien und die USA Verteidigungsabkommen schlossen, die einen Wert von 460 Milliarden Dollar umfassten, darunter 110 Milliarden Dollar aus früheren Waffendeals, im Zuge derer die saudische Seite umgehend von Washington die Waffen erhalten wird. Daneben kam es zu Kooperationsdeals im Bereich der Verteidigung im Wert von 350 Milliarden Dollar im Laufe der nächsten zehn Jahre.“

Das gigantische Volumen dieser Deals sorgte dafür, dass die Indexe auf dem US-Aktienmarkt, wie der Dow Jones, Standard & Poor und Nasdaq, weit nach oben kletterten. Der Grund sind die utopischen Summen, die Saudi-Arabien der US-Wirtschaft zu Füßen legt und die Arbeitsplatzchancen, die für US-Amerikaner dadurch entstehen - ganz nach Trumps Wahlversprechen. Wirft man einen genaueren Blick auf diese Deals, wird klar, dass Saudi-Arabien im Laufe der nächsten zehn Jahre einen beträchtlichen Teil seiner jährlichen Staatseinnahmen in die amerikanische Rüstungsindustrie pumpen wird. Nach Angaben von Arabiya.net vom 22.12.2016 belief sich die Höhe der realen Staatseinnahmen Saudi-Arabiens im Jahr 2016 auf 528 Milliarden Rial –ca. 140 Milliarden Dollar. Damit hat die US-Administration unter Trump die Lösung für ihren gordischen Finanzknoten beim Regime der Al-Sauds gefunden.

3. Was den Kongressvorschlag betrifft, so ist dies als parteipolitisches Scharmützel zu kategorisieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird er keinen Einfluss auf den Waffendeal haben, ihn womöglich noch in besserem Licht erscheinen lassen. Der Deal wird die amerikanische Wirtschaft beleben. Die Industrie wird angekurbelt und neue Arbeitsplätze werden zu Hauf entstehen - ein Ziel, das die USA über alle Parteigrenzen hinweg anstreben. Doch es geht, wie schon erwähnt, um parteipolitische Manöver. Trumps Absicht war es, die zahlreichen Affären um seine Russlandkontakte und die eingeleiteten Verfahren gegen dessen Schwiegersohn und andere Personen seines näheren Umfelds zu überdecken. All dies wollte er durch eine wirtschaftliche Glanzleistung in Form solcher Deals übertünchen ebenso wie durch einen politischen Akt, der von ähnlich großem Kaliber ist. Letzteres wollte er

erreichen, indem er eine große Schar von Herrschern aus den entsprechenden Ländern zusammentrommelt. Und so geschah es! In den USA waren der Besuch Trumps, dessen Treffen und die riesigen Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien das große Thema in der Berichterstattung. Und auch die Szenen mit den muslimischen Herrschern und Königen, die aus allen Richtungen herbeiströmten, um der Rede Trumps aufmerksam zu lauschen und sich den Gehorsamsbekundungen gegenüber den Vereinigten Staaten hinzugeben, waren Mittelpunkt der Berichterstattung.

All das sollte – und sei es nur vorübergehend -die Folgen der Skandale mildern, für die Trump und sein Administrationsstab verantwortlich sind. Nun kann er sich als Urheber dieses Waffendeals präsentieren, sodass auch Erfolge über ihn berichtet werden und nicht nur geleakte Nachrichten, Skandale und seine schwache politische Performance. Das ist für ihn unter den derzeitigen Umständen enorm wichtig. Auf diese Weise wird die hastige Organisation einer großen Teilnehmerzahl muslimischer Staatsoberhäupter und Könige zum Empfang des US-Präsidenten in Riad verständlich– zum ersten Mal in solch einem Umfang. Die Deutsche Welle berichtete am 19.05.2017: „Das Königreich Saudi-Arabien unternimmt deutliche Anstrengungen zur Durchführung des erwarteten Treffens zwischen Donald Trump und den Führern von etwa 55 Staaten, die nach Riad eingeladen wurden. Der Saudi-Arabien-Besuch Trumps steht hier im Fokus von Presse und Medien. Nach Ansicht von Beobachtern ist es Saudi-Arabien gelungen, die Aufmerksamkeit der Welt auf diese Visite zu lenken, indem solch eine große Anzahl an muslimischen und arabischen Staats- und Regierungschefs zu einem Treffen versammelt wurde, das das erste seiner Art ist.“ In der Folge kam es dann zu diesen politischen Scharmützeln seitens einiger Kongressmitglieder, besonders der Demokraten unter ihnen.

4. Was die Herrscher am Golf anbelangt, so möchte Amerika sie trotz seines Wissens um ihre Vasallentreue zu Großbritannien für sich vereinnahmen. Es will sie über Rüstungsgeschäfte und durch verstärkte Intervention in diesen Ländern–unter dem Vorwand der iranischen Bedrohung – an sich ketten. Trump betonte in seiner Rede unter anderem: „Katar, welches das US-Zentralkommando beherbergt, gilt als wichtiger strategischer Partner. Unsere langfristige Partnerschaft mit Kuwait und Bahrain sorgt weiterhin für eine verstärkte Sicherheit in der Region. [...] Die Vereinigten Arabischen Emirate beteiligten sich am Kampf um die Herzen und Geister und legten zusammen

mit den USA den Grundstein für ein Zentrum zur Eindämmung der Hetze im Internet. Ferner arbeitet Bahrain daran, Rekrutierungen und Extremismus zu unterbinden.“ (CNN Arabi, 21.05.2017)

„US-Präsident Donald Trump erklärte, dass die Vereinigten Staaten und Katar einen Deal erörterten, bei dem es um neue amerikanische Waffen geht. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Associated Press gab Donald Trump zu, dass er und der Emir von Katar über den Kauf vieler – seinen Worten nach – ‚schöner Militärgeräte‘ gesprochen hätten. Trump und Shaikh Tamim, Emir von Katar, trafen sich am heutigen Morgen in Riad zu einem Vieraugengespräch am Rande des islamisch-amerikanischen Gipfels. Dabei unterstrich der US-Präsident, dass ‚niemand bessere Waffen herstelle als Amerika‘. Er verwies darauf, dass der Deal ‚Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten schaffe und die Sicherheit Katars verstärke‘“. (www.dotmsr.com, 21.05.2017)

Die US-Politik der Eindämmung der iranischen Gefahr in der Golfregion ist nichts anderes als schönes Gerede für die dortigen Herrscher, um sie mit anti-iranischen Phrasen in die amerikanischen Fallstricke zu treiben, die aus Waffengeschäften, Militärbasen und freien Zugängen (für die US-Streitkräfte) bestehen. Das alles soll aus den Kassen der Golfstaaten bezahlt werden, ohne dass Amerika auch nur einen einzigen ernstesten Schritt gegen den Iran unternehmen würde. Die USA bauen noch immer auf den Iran in der Niederschlagung der Revolution in Syrien. Und noch immer verlassen sie sich – wie zu Zeiten Obamas - auf den Iran, die Huthis im Jemen mit Waffen zu versorgen. Auch verlassen sie sich auf ihn, wenn es darum geht, dass die Hegemonie der USA im Irak und im Libanon nicht angetastet wird. US-Präsident Trump sprach in seiner Riader Rede zwar von der libanesischen Hisbollah als einer terroristischen Organisation, lobte dann jedoch das libanesische Militär, das ja der Hisbollah bei ihrer Intervention in Syrien die komplette Deckung bietet und gemeinsam mit ihr gegen die syrischen Revolutionäre in Jarod und Aرسال kämpft.

Diese Herrscher sind sich nämlich – genau wie die Herrscher Saudi-Arabiens – keineswegs sicher, dass die USA den Iran nicht gegen sie in Stellung bringt, um an ihren Stühlen zu rütteln. Und so fügen sie sich den Wünschen der USA, insbesondere dann, wenn sie von ihnen anti-iranische Parolen vernehmen oder wenn von einer iranischen Bedrohung geredet wird, auch wenn es nur heiße

Luft ist. So sagte Trump in seiner Rede: „Vom Libanon über den Irak bis in den Jemen finanziert, bewaffnet und trainiert der Iran die Terroristen, die Milizen und die übrigen extremistischen Gruppierungen, die Zerstörung und Chaos in der Region verbreiten. Im Laufe der Jahrzehnte speiste der Iran das Feuer der konfessionalistischen Auseinandersetzung und den Terrorismus. Es ist eine Regierung, die offen von Massenmord spricht und für die Auslöschung Israels und den Tod Amerikas einsteht sowie für die Zerstörung vieler der Führer und Nationen in diesem Saal. Unter den meisten Interventionen, die für Destabilisierung sorgten, war die Einmischung des Iran in Syrien. Assad hat durch die Unterstützung des Iran unvorstellbare Gräueltaten begangen.“ (CNN Arabi, 21.05.2017). Als wenn nicht Amerika höchstpersönlich den Befehl dazu erteilt hätte und die Golfregenten nicht darüber Bescheid wüssten! Zwar rief Trump dazu auf, den Iran zu isolieren, doch kein einziger Schritt wurde seitens der USA unternommen, um Druck auf den Iran auszuüben. Trotz des lauten Gebrülls Trumps während des Wahlkampfs halten die USA weiter an dem Atomabkommen mit dem Iran fest. Das alles soll einzig und allein die Angst der Golfstaaten vor dem Schreckgespenst Iran schüren, was dann dazu genutzt wird, die Golfstaaten weiter in die Fänge Amerikas zu treiben, und zwar durch den Abschluss von Rüstungsdeals, den Betrieb von Militärbasen und die Ermöglichung freier Zugänge für die US-Armeen – alles, wie bereits erwähnt, finanziert aus den Kassen der Golfstaaten.

5. Was nun das politische Projekt mit dem Zionistenstaat anbelangt und die Reise Trumps am 22.05.2017 in das besetzte Palästina, nachdem er seine Visite in Saudi-Arabien abgeschlossen hatte, und zur Frage, ob Trump einen Plan für eine politische Lösung der Palästinafrage bei sich hatte, so lautet die Antwort darauf wie folgt:

Angesichts anderer Prioritäten ist die Palästinafrage derzeit für Amerika nicht drängend. In der Antwort auf eine Frage vom 12.05.2017 führten wir Folgendes aus: Im Zuge der explosiven Lage in der arabischen Region, besonders in Syrien, und der Zuspitzung der Lage zwischen Amerika und Nordkorea ist die Palästinafrage nicht mehr das drängendste Problem für die jetzige US-Administration. Daher haben es die USA nicht eilig, sich um dieses Problem zu kümmern. Sie prüfen die verschiedenen Lösungsaussichten und studieren die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Arabern, besonders den Palästinensern, und dem Zionistenstaat, und sie warten ab, was geschieht.

Was dies untermauert, ist die Meldung der BBC vom 11.03.2017: „Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert Nabil Abu Rudaina, Sprecher des Palästinenserpräsidenten, wonach Trump zu Abbas gesagt habe, er wolle die Methode zur Rückkehr zu den Verhandlungen prüfen. Er bekräftigte auch ‚seine Einhaltung des friedlichen (Verhandlungs-)Prozesses, der zu einem wirklichen Frieden führt‘. Er (Trump) sagte ebenfalls in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Abbas im Weißen Haus: ‚Ich werde alles Nötige tun (...) Ich würde gerne als Vermittler, als Mediator oder als Schiedsrichter zwischen beiden Seiten fungieren, und dann werden wir das schaffen.‘“ (Russia Today, 04.05.2017) Das heißt, die USA haben momentan keine dezidierten Pläne zur Lösung der Palästinafrage im Angebot. Und das wird so lange anhalten, bis hinsichtlich des Krieges bzw. einer Beruhigung der Lage in Syrien und ebenso der Krise mit Nordkorea große Fortschritte erzielt wurden. Es steht für Trump also weder fest, wie die Rückkehr zu den Verhandlungen aussieht, noch, welche Art von Friedensprozess er will. Er befindet sich in der Phase des Suchens, des Sondierens und des Plauderns mit den Konfliktparteien in Palästina. Außerdem möchte er, dass beide Seiten direkt zusammentreffen, um sich auf Lösungen zu einigen, die sie gerne hätten oder, genauer gesagt, die der Zionistenstaat gerne hätte. Daher fordern die USA direkte Verhandlungen: „Die UN-Botschafterin der Vereinigten Staaten Nikki Haley traf den palästinensischen Vertreter Riad Mansour am vergangenen Dienstag zum ersten Mal. Später berichtete sie via Twitter, dass die Palästinenser sich mit den Israelis treffen sollten ‚in direkten Verhandlungen, anstatt auf die Vereinten Nationen zurückzugreifen, um zu Ergebnissen zu gelangen.‘“ (BBC, 11.03.2017) Ende des Zitats

6. Abschließend sei gesagt: Es ist wahrlich eine schlimme Sache, dass die USA, die aufgrund ihrer verdorbenen Werte und ihrer faulen Kultur von innen her zersetzt werden, eine Bedeutung in den Ländern der Muslime haben und nach Belieben darin schalten und walten können, wobei die selbsternannten Regenten in der Bedienung amerikanischer Interessen miteinander wetteifern. Ein Fingerzeig der USA oder auch nur ein Blick von ihnen genügt, und 55 dummdreiste Herrscher eilen herbei, um ihre Loyalität und ihren Gehorsam einem Verbrecher darzubringen, der sich schwer am Islam und den Muslimen vergangen hat. Es schmerzt, dass die Reichtümer der Muslime dafür aufgewendet werden, der amerikanischen Wirtschaft auf die Beine zu helfen, den USA Leben und Aufschwung zu beschern und deren Arbeitslosigkeit zu

bekämpfen. Während sie mit unserem Vermögen reicher werden, grassiert in den islamischen Ländern die Arbeitslosigkeit. Dieses Vermögen, das nach dem Gesetz Allahs öffentliches Eigentum der Muslime ist, wird von den Vasallenherrschern den eigentlichen Besitzern geraubt. Sie legen es Trump zu Füßen, der sich damit für seine Massaker in den Ländern der Muslime stärken kann. Der Grund ist wohlbekannt. Wir sagen es immer und immer wieder: Es ist das Fehlen eines Kalifen, eines Imams, hinter dem man sich schützt. Abū Huraira berichtete vom Gesandten (s), der sprach:

وَمَلِيٌّ لِّأَنَّ جَدِّيَّكَ لَمْ يَنْقِ وَيُقِ وَأَنْ

Wahrlich, der Imam ist ein Schirm, man kämpft hinter ihm und schützt sich durch ihn.

Jeder Muslim, der Allah und Seinen Gesandten liebt, muss dies als seine Schicksalsfrage ansehen: Die ernsthafte und intensive Arbeit, um das rechtgeleitete Kalifat zu errichten, und zwar in voller Aufrichtigkeit gegenüber Allah und Ehrlichkeit gegenüber Seinem Gesandten. Die Prophezeiung des ehrenwerten Propheten wird nach der jetzigen Gewaltherrschaft in Erfüllung gehen, so, wie der folgende *ṣaḥīḥ*-Hadith es erwähnt, der bei Aḥmad und aṭ-Ṭayālīsī in geschlossener Kette tradiert wird, wobei der hier zitierte Wortlaut der bei aṭ-Ṭayālīsī ist:

...لِيَقْدَمَ جَاهِدِيَّ غَدَقَهُمْ لَدَسْءِ بِمَكْنَدِ آمِ قَدَمِ لِي يَنْقَعِ بَدْوِي سَدْ؟ آمِ يَنْقَعِ بَدْوِي لِي يَقْدَمَ خَالِجِيَّ عَوِ
لَمَهْتُ طَائِمًا^a

[...] Sodann wird eine Gewaltherrschaft folgen. Sie wird weilen, solange Allah sie weilen lässt. Dann wird Allah sie aufheben, wenn Er sie aufheben will. Sodann folgt ein Kalifat gemäß dem Plan des Prophetentums.

Danach werden die Muslime zu Größe gelangen und die ungläubigen Kolonialisten werden Erniedrigung erleiden und sich aus den Ländern der Muslime in ihr Kerngebiet zurückziehen - falls ihnen dann ein Kerngebiet noch übrig geblieben ist.

1. Ramaḍān 1438 n. H.

27.05.2017 n. Chr.

